

Stellungnahme



des BDI-Arbeitskreises Entwicklungspolitik zur Reform der PPP-Fazilität des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik

Datum
27. Oktober 2008

Seite
1 von 2

Das BMZ plant eine Reform des Programms „Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft, besser bekannt als „Public-Private Partnership“ (PPP).

Hierzu hat das Global Public Policy Institut (GPPI) im Auftrag des BMZ im Juli 2007 eine Studie vorgestellt, deren Empfehlungen derzeit diskutiert werden.

Vor dem Hintergrund des am 28. Oktober 2008 im BMZ stattfindenden Konsultationsgesprächs verdeutlicht die verfasste Wirtschaft, hier vertreten durch den BDI Arbeitskreis Entwicklungspolitik, noch einmal ihre Position.

Dieter Ernst
Vorsitzender des Arbeitskreises Entwicklungspolitik im BDI,
Vorstandsvorsitzender Berlinwasser International AG

Oliver Wieck
Leiter der Abteilung
Außenwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik,
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1562
F: 030 2028-2562

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
O.Wieck@bdi.eu

Die deutsche Wirtschaft begrüßt die erneuten Konsultationen zur Fortentwicklung der PPP -Fazilität des BMZ.¹ Dieser Dialog entspricht dem Geist der Koalitionsvereinbarung von 2005, die eine stärkere Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung als Aufgabe der laufenden Legislaturperiode festhält.

Die deutsche Wirtschaft hat wiederholt darauf hingewiesen, dass das Kooperationspotenzial zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist.² Um die vom BMZ angestrebte, feste Verankerung des PPP-Instrumentes innerhalb der bilateralen staatlichen Zusammenarbeit zu befördern, verdeutlichen die im Arbeitskreis Entwicklungspolitik vertretenen Unternehmen noch einmal ihre Position.

Konkret fordert die Wirtschaft:

- Substantielle Aufstockung der für PPP-Maßnahmen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.
- Frühzeitiger Einbezug der Wirtschaft bei Planung und Vorbereitung von EZ-Maßnahmen mit absehbarer PPP-Komponente.
- Förderung von PPP-Maßnahmen im Infrastrukturbereich.
- Stärkere Nutzung des entwicklungspolitischen Instrumentariums für Machbarkeitsstudien in Betreiberprojekten.
- Entwicklung von adäquaten Absicherungsinstrumenten zur Reduzierung politischer und wirtschaftlicher Risiken auch großvolumiger PPP-Projekte.
- Öffnung der PPP-Fazilität für entwicklungsrelevante Aktivitäten im unternehmerischen Kerngeschäft.
- Verschlinkung und Beschleunigung des Bewilligungsverfahrens für PPP-Anträge aus der Fazilität.
- Einführung von geeigneten Anreizstrukturen für EZ-Durchführungsorganisationen zur verstärkten Integration von PPP-Maßnahmen in bilaterale Projekte/Programme.
- Ausbau der Beratungsaktivitäten von Partnerregierungen zur Schaffung förderlicher und langfristig stabiler Rahmenbedingungen für unternehmerische Engagements.
- Einbindung eines gemeinsam festzulegenden Ansprechpartners aus der Wirtschaft in den Informations- und Abstimmungsprozess bei der Konzipierung von PPP-Projekten mit EZ-Durchführungsorganisationen.

¹ Im Rahmen der seit 2006 laufenden BMZ-Aktivitäten zur Reform der PPP-Fazilität fanden bislang zwei Informationsgespräche (13.02. und 24.04.07) sowie ein „Internationales Lernforum“ (3./4. Mai 2007) statt.

² Vgl. dazu auch: Stellungnahme des BDI zur Öffentlichen Anhörung im AWZ „Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung am 24.09.08; BDI-Positionspapier: Kooperation zwischen deutscher Industrie und Entwicklungspolitik, (11/2007); AGE-Positionspapier (10/2005): Die Rolle der Wirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit stärken; AGE-Positionspapier (06/2005): Die Zukunft von Public Private Partnership im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, 30.06.05.